

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 16/9938 –

Ergänzende Informationen zur monatlichen Asylstatistik für den Monat Juni 2008**Vorbemerkung der Fragesteller**

Die monatliche Pressemitteilung des Bundesministeriums des Inneren (BMI) zu den aktuellen Asylzahlen enthält wichtige Angaben, nicht etwa zu Widerufsverfahren, zu Rücküberstellungen in andere EU-Mitgliedstaaten, zu von Amts wegen gestellten Asylanträgen für in der Bundesrepublik Deutschland geborene Kinder von Asylsuchenden usw. Hierdurch kann ein verzerrtes Bild der Schutzgewährung in der Bundesrepublik Deutschland entstehen, denn seit längerem übersteigt zum Beispiel die Zahl der Asylwiderrufe diejenige der Asylanerkennungen, und auch die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlinge sinkt (vgl. Bundestagsdrucksache 16/8321).

Die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern ist zudem unübersichtlich gestaltet, so dass Presseagenturen immer wieder die Quote der Asyl- bzw. Flüchtlingsanerkennung falsch wiedergeben, indem lediglich die Zahl der nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG), nicht jedoch die weitaus größere Zahl der nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Flüchtlinge aufgegriffen wird. Besonders aussagekräftig und nachvollziehbar ist die in der Pressemitteilung nicht genannte „Gesamtschutzquote“, die alle Formen der Anerkennung, auch von Abschiebungshindernissen, umfasst (§ 16a GG, § 3 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) i. V. m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsge setzes (AufenthG) und § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 AufenthG).

Aus der Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 16/7592 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. geht hervor, dass die Bundes regierung keinen Handlungs- bzw. Änderungsbedarf in Bezug auf die monat liche Präsentation der Asylzahlen sieht, so dass regelmäßige Nachfragen erfor derlich sind.

1. Wie hoch war die Gesamtschutzquote (siehe Vorbemerkung) in der Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für den Monat Juni 2008, für den Zeitraum Januar bis Juni 2008, und wie lautet der Vergleichswert für 2007 (in Prozent)?

Die sog. Gesamtschutzquoten für die erfragten Zeiträume im Sinne der Vorbermerkung können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Januar bis Juni 2008	„Gesamtschutzquote“ in Prozent	Januar bis Juni 2007	„Gesamtschutzquote“ in Prozent
gesamt	35,8	gesamt	10,9
darunter:		darunter:	
Irak	74,8	Serbien	1,8
Türkei	9,1	Irak	26,5
Serbien	2,1	Türkei	4,5
Vietnam	0,4	Vietnam	0,9
Russische Föderation	20,0	Russische Föderation	17,4
Syrien	15,4	Libanon	0,2
Iran	33,0	Iran	22,6
Libanon	4,8	Syrien	15,7
Nigeria	3,5	Nigeria	2,3
Kosovo	2,7	Indien	0,0

Juni 2008	„Gesamtschutzquote“ in Prozent	Juni 2007	„Gesamtschutzquote“ in Prozent
gesamt	37,4	gesamt	16,8
darunter:		darunter:	
Irak	80,9	Serbien	1,0
Türkei	4,7	Irak	67,2
Kosovo	3,7	Türkei	3,0
Vietnam	0,0	Vietnam	0,0
Syrien	13,6	Rusische Föderation	18,6
Russische Föderation	23,3	Iran	27,4
Serbien	1,7	Libanon	0,0
Libanon	15,6	Nigeria	0,0
Indien	6,3	Syrien	8,2
Iran	40,8	Indien	0,0

- a) Wie hoch war die jeweilige Gesamtschutzquote differenziert nach den zehn stärksten Herkunftsländern im Juni 2008 bzw. für den Zeitraum Januar bis Juni 2008, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007?

Die sog. Gesamtschutzquoten für die erfragten Zeiträume nach den jeweils 10 stärksten Herkunftsländern können der vorstehenden Tabelle entnommen werden.

- b) Wie hoch war die Gesamtschutzquote im Juni 2008 bzw. für den Zeitraum Januar bis Juni 2008, wenn die Zahl der Anerkennungen auf die Zahl der Sachentscheidungen bezogen wird, d. h. wenn formelle Entscheidungen, bei denen es zu keiner inhaltlichen Bewertung des Asylgesuchs kommt, nicht berücksichtigt werden, und wie lautet der Vergleichswert für 2007?

Quoten auf der Grundlage von Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge können nur gebildet werden, wenn auch alle Entscheidungen berücksichtigt werden. Die Herleitung einer sog. Schutzquote unter Herausrechnung eines Teils der Asylentscheidungen würde nur zu verzerrten und damit falschen Ergebnissen führen.

2. Wie viele Widerrufsverfahren wurden im Juni 2008 und im Zeitraum Januar bis Juni 2008 eingeleitet, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte Gesamtzahl angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung differenzieren)?

Die angelegten Widerrufsprüfverfahren zu den erfragten Zeiträumen können den folgenden Tabellen entnommen werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge differenziert in der Widerrufsstatistik die angelegten Verfahren nicht nach den Formen der Anerkennung.

Januar bis Juni 2008	angelegte Widerrufs-prüfverfahren	in Prozent	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren		
			insgesamt	Widerruf Rücknahme	kein Widerruf/ keine Rücknahme
gesamt	26 449	100,0	19 733	3 424	16 309
darunter:					
Irak	9 659	36,5	7 459	356	7 103
Türkei	6 207	23,5	2 952	1 890	1 062
Afghanistan	2 911	11,0	1 922	112	1 810
Iran	952	3,6	1 550	168	1 382
Russische Föderation	927	3,5	1 272	41	1 231
Togo	600	2,3	351	288	63
Syrien	582	2,2	881	22	859
Serben	497	1,9	329	193	136
Aserbaidschan	415	1,6	533	30	503
Ungeklärt	412	1,6	237	16	221

Januar bis Juni 2007	angelegte Widerrufs-prüfverfahren	in Prozent	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren		
			insgesamt	Widerruf Rücknahme	kein Widerruf/ keine Rücknahme
gesamt	8 042	100,0	4 925	3 669	1 256
darunter:					
Türkei	2 776	34,5	1 330	1 252	78
Irak	1 442	17,9	1 833	1 411	422
Iran	1 236	15,4	226	62	164
Serben	586	7,3	360	338	22
Aserbaidschan	316	3,9	151	17	134
Russische Föderation	276	3,4	7	3	4
Afghanistan	240	3,0	285	224	61
Syrien	213	2,6	36	16	20
Togo	187	2,3	42	40	2
Vietnam	101	1,3	29	28	1

Juni 2008	angelegte Widerrufs-prüfverfahren	in Prozent	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren		
			insgesamt	Widerruf Rücknahme	kein Widerruf/ keine Rücknahme
gesamt	3 948	100,0	4 099	546	3 553
darunter:					
Irak	2 401	60,8	2 217	54	2 163
Türkei	783	19,8	532	307	225
Afghanistan	143	3,6	346	12	334
Iran	121	3,1	202	22	180
Russische Föderation	101	2,6	141	4	137
Eritrea	49	1,2	32	1	31
Kosovo	45	1,1	23	18	5
Pakistan	29	0,7	72	1	71
Aserbaidschan	23	0,6	44	5	39
Ungeklärt	23	0,6	26	0	26

Juni 2007	angelegte Widerrufs-prüfverfahren	in Prozent	Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren		
			insgesamt	Widerruf Rücknahme	kein Widerruf/ keine Rücknahme
gesamt	4 821	100,0	1 073	442	631
darunter:					
Türkei	1 646	34,1	259	230	29
Iran	1 108	23,0	167	9	158
Irak	299	6,2	311	92	219
Serben	275	5,7	45	40	5
Russische Föderation	264	5,5	4	0	4
Aserbaidschan	252	5,2	126	2	124
Syrien	182	3,8	18	0	18
Togo	159	3,3	10	10	—
Afghanistan	108	2,2	36	21	15
Vietnam	80	1,7	4	4	—

- a) Welche zehn Herkunftsländer waren hierbei in den benannten Zeiträumen am stärksten betroffen, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte Widerrufe in absoluten und in Prozentzahlen angeben)?
- b) Wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis (Widerruf, kein Widerruf, Verfahrenseinstellung) gab es im Juni 2008 und im Zeitraum Januar bis Juni 2008, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte die Gesamtzahlen auch nach den zehn am stärksten betroffenen Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der vorherigen Tabelle entnommen werden.

- c) In wie vielen Fällen ruhten im Juni 2008 Widerrufsverfahren bzw. für welche Länder- und/oder Personengruppen galten im Juni 2008 Ruhensregelungen?

In keinem Fall.

3. Wie viele Verfahren im Rahmen der Dublin-II-Verordnung wurden im Juni 2008 und im Zeitraum Januar bis Juni 2008 eingeleitet, und wie lautet der

jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen die Relation zu allen Asylerstanträgen, sowie die Quote der auf EU-RODAC-Treffern basierenden Verfahren angeben)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

	Asylerstanträge	Übernahme-Ersuchen (ÜE) an die Mitgliedstaaten gesamt	Prozentualer Anteil der ÜE zu den Asylerstanträgen	Prozentualer Anteil der ÜE mit EURODAC-Treffer
Januar bis Juni 2008	11 011	3 139	28,5	62,3
Januar bis Juni 2007	8 465	2 627	31,0	60,9
Juni 2008	1 672	332	19,9	68,7
Juni 2007	1 241	343	27,6	62,1

- a) Welches waren in den benannten Zeiträumen die zehn am stärksten betroffenen Herkunftsänder und welches die zehn am stärksten angefragten EU-Mitgliedstaaten, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte in absoluten Werten und in Prozentzahlen angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Herkunfts-länder	Januar bis Juni 2008	Herkunfts-länder	Januar bis Juni 2007	Herkunfts-länder	Juni 2008	Herkunfts-länder	Juni 2007
Irak	586	Serbien und Montenegro	376	Irak	54	Irak	38
Russische Föderation	547	Irak	365	Serbien	39	Serbien und Montenegro	36
Serbien	326	Russische Föderation	243	Türkei	24	Russische Föderation	32
Türkei	169	Türkei	178	Kosovo	20	Türkei	28
Algerien	102	Libanon	103	Russische Föderation	19	Libanon	19
Syrien	96	Iran	79	Syrien	18	Armenien	16
Sri Lanka	82	Indien	71	Sri Lanka	16	Georgien	13
Afghanistan	81	sonst. asiat. Staatsangeh.	62	Ungeklärt	14	Nigeria	12
Iran	75	Afghanistan	61	Algerien	13	Vietnam	12
Ungeklärt	72	Georgien	61	Indien	13	Ungeklärt	10

Mitglied-staaten	Januar bis Juni 2008	Mitglied-staaten	Januar bis Juni 2007	Mitglied-staaten	Juni 2008	Mitglied-staaten	Juni 2007
Polen	485	Frankreich	481	Frankreich	68	Frankreich	72
Frankreich	398	Österreich	325	Schweden	41	Österreich	47
Griechenland	373	Italien	273	Italien	37	Belgien	35
Italien	299	Griechenland	209	Tschechische Republik	25	Italien	31
Schweden	257	Belgien	197	Belgien	20	Schweden	30
Österreich	240	Niederlande	184	Österreich	19	Griechenland	27
Belgien	167	Schweden	171	Griechenland	19	Polen	18
Tschechische Republik	146	Polen	156	Niederlande	16	Tschechische Republik	13
Niederlande	123	Tschechische Republik	113	Polen	15	Niederlande	13
Ungarn	97	Norwegen	99	Spanien	11	Spanien	12

- b) Wie viele Dublin-Entscheidungen mit welchem Ergebnis (Überstellung an einen anderen EU-Mitgliedstaat, Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland nach der Dublin-II-Verordnung, Selbsteintritt nach Artikel 3 Abs. 2 DublinV, humanitäre Fälle nach Artikel 15 DublinV) gab es im Juni 2008 und im Zeitraum Januar bis Juni 2008, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte auch nach den zehn am stärksten betroffenen Herkunfts- und Überstellungsländern differenzieren)?

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden Entscheidungen über Dublin-Verfahren nach den in der folgenden Tabelle aufgeführten Kategorien erfasst, nicht aber differenziert nach Herkunfts- oder Mitgliedstaaten. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass die Verteilung nach Herkunftsstaaten annähernd den erfolgten Überstellungen entspricht (siehe Antwort zu Frage 3c).

	Januar bis Juni 2008	Januar bis Juni 2007	Juni 2008	Juni 2007
Ablehnungen durch den Mitgliedstaat gesamt	827	836	125	131
Zustimmungen des Mitgliedstaates gesamt	2 340	1 760	307	257
davon Ablehnungen nach Artikel 15 Dublin II	10	7	0	1
davon Zustimmungen nach Artikel 15 Dublin II	6	5	1	1

- c) Wie viele Überstellungen nach der Dublin-II-Verordnungen wurden im Juni 2008 und im Zeitraum Januar bis Juni 2008 vollzogen, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte auch nach Herkunfts-ländern und Überstellungsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Herkunfts-länder	Januar bis Juni 2008	Herkunfts-länder	Januar bis Juni 2007	Herkunfts-länder	Juni 2008	Herkunfts-länder	Juni 2007
gesamt	1 389	gesamt	1 026	gesamt	163	gesamt	148
darunter:		darunter:		darunter:		darunter:	
Irak	311	Irak	125	Irak	34	Irak	19
Russische Föderation	297	Serbien	122	Türkei	20	Russische Föderation	15
Serbien	127	Russische Föderation	105	Russische Föderation	17	Serbien	11
Türkei	66	Türkei	54	Serbien	14	Afghanistan	9
Algerien	38	Libanon	35	Algerien	9	Türkei	7
Sri Lanka	38	Georgien	32	Iran	9	Libanon	7
Iran	38	Iran	31	Vietnam	5	Sri Lanka	6
Syrien	33	Ungeklärt	28	Sri Lanka	5	Algerien	5
Afghanistan	32	Afghanistan	27	Tschad	4	Angola	4
Georgien	26	sonst. asiat. Staatsangeh.	23	Serbien	3	Pakistan	4

Mitgliedstaaten	Januar bis Juni 2008	Mitgliedstaaten	Januar bis Juni 2007	Mitgliedstaaten	Juni 2008	Mitgliedstaaten	Juni 2007
gesamt	1 389	gesamt	1 026	gesamt	163	gesamt	148
darunter:		darunter:		darunter:		darunter:	
Polen	275	Frankreich	197	Schweden	28	Frankreich	26
Italien	161	Österreich	122	Frankreich	27	Griechenland	18
Griechenland	156	Italien	94	Polen	14	Polen	14
Schweden	142	Griechenland	86	Tschechische Republik	13	Belgien	12
Frankreich	135	Polen	86	Italien	13	Italien	12
Österreich	82	Schweden	74	Griechenland	11	Niederlande	11
Belgien	65	Belgien	64	Österreich	8	Slowakische Republik	11
Niederlande	63	Niederlande	60	Vereinigtes Königreich	8	Österreich	9
Tschechische Republik	52	Norwegen	45	Belgien	5	Norwegen	8
Ungarn	51	Tschechische Republik	43	Ungarn	5	Schweden	8

4. Wie viele Asylanträge wurden im Juni 2008 und im Zeitraum Januar bis Juni 2008 nach § 14a Abs. 2 AsylVfG von Amts wegen für hier geborene Kinder von Asylsuchenden gestellt, wie viele Asylanträge wurden in den genannten Zeiträumen von bzw. für Kinder(n) unter 16 Jahren bzw. von Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren bzw. von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gestellt, und wie lautet der jeweilige Vergleichswert für 2007 (bitte in absoluten Zahlen und in Prozentzahlen in Relation zur Gesamtzahl der Asylanträge angeben)?

Die Angaben hierzu können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Bei Anträgen nach § 14 Abs. 2 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) kann statistisch nicht unterschieden werden, ob ein Kind hier geboren oder eingereist ist. Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen zwischen 16 und unter 18 Jahren werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erst ab Januar 2008 gesondert erfasst.

Aufgrund nachträglicher Veränderungen können kumulierte Daten eines Halbjahres von Additionen der Daten der Einzelmonate abweichen, da die Monatszahlen nachträglich nicht mehr geändert werden können. Dies ist insbesondere bei schriftlichen Verfahren nach § 14 Abs. 2 AsylVfG der Fall, wo eingehende Fälle am Monatsende häufig erst am Anfang des nächsten Monats erfasst und nachträglich dem Vormonat zugeschrieben werden. Maßgeblich sind daher die kumulierten Zahlen.

	Januar bis Juni 2008		Januar bis Juni 2007		Juni 2008		Juni 2007	
	absolut	Quote in Prozent	absolut	Quote in Prozent	absolut	Quote in Prozent	absolut	Quote in Prozent
Asylerstanträge gesamt	11 011		8 465		1 672		1 241	
darunter:								
Anträge gemäß § 14a Abs. 2 AsylVfG	1 267	11,5	1 849	21,8	200	12,0	228	18,4
unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahre	155	1,4	70	0,8	25	1,5	11	0,9
unbegleitete Minderjährige (16 bis unter 18 Jahre)	162	1,5			24	1,4		
Asylerstanträge von Minderjährigen unter 16 Jahre	3 123	28,4	3 004	35,5	467	4,2	386	4,6
Asylerstanträge von Minderjährigen von 16 bis unter 18 Jahre	610	5,5	422	5,0	87	0,8	81	1,0

5. Welche Informationen erhalten welche bundesdeutschen Behörden in welchen Gremien, Arbeitszusammenhängen, Ausschüssen, informellen Treffen usw. über Entwicklungen der Asylzahlen in anderen EU-Mitgliedstaaten, und welche besonderen oder bemerkenswerten Entwicklungen gab es diesbezüglich aus Sicht der Bundesregierung in jüngster Zeit?

Behörden der Bundesrepublik Deutschland bedienen sich insbesondere folgender Informationsquellen über Asyldaten:

Gemäß Verordnung 862/2007 liefern die Mitgliedstaaten umfangreiche Asyldaten an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die von dessen Website abgerufen werden können.

Die Mitgliedstaaten fertigen jährlich einen beschreibend kommentierenden Statistikbericht für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN), der auch Asyldaten beinhaltet. Die Europäische Kommission veröffentlicht diese Berichte auf ihrer internen Website.

Ebenfalls auf EU-Ebene findet in dem European Union Network for Asylum Practitioners (EURASIL), dem Netzwerk der Praktiker im Asylbereich, ein Datenaustausch statt. Auf den regelmäßigen Treffen werden auch die Entwicklungen der Zugangszahlen in den Mitgliedstaaten der EU besprochen.

UNHCR bereitet die von den Mitgliedstaaten übermittelten Asyldaten auf und stellt sie öffentlich zur Verfügung.

Die für 2008 vorliegenden monatlichen Antragszahlen in den Staaten der Europäischen Union bewegen sich derzeit insgesamt etwa auf dem Niveau des Vorjahres.